



Gerechtigkeit für Tiere

Nussbaum, Martha C.: *Gerechtigkeit für Tiere. Unsere kollektive Verantwortung*, Darmstadt: wbg 2023, 415 S., ISBN 978-3-8062-4559-2

Das jüngste Werk der amerikanischen Philosophin Martha C. Nussbaum trägt den Titel *Gerechtigkeit für Tiere. Unsere kollektive Verantwortung* (im englischen Original *Justice for Animals*). Unter ihren bisherigen Beiträgen zur Ethik und zur politischen Philosophie ragen ihre Arbeiten zur Theorie der Emotionen und der gemeinsam mit Amartya Sen entwickelte Fähigkeitenansatz heraus. In ihrem neuen Buch erschließt Nussbaum den Fähigkeitenansatz nun für die ethische Debatte um den richtigen Umgang mit Tieren.

Ausgangspunkt von Nussbaums Überlegungen zur Tierethik ist das zunehmende Bewusstsein für das von Menschen verursachte Leiden von Tieren. Einerseits vergrößern anthropogene Umwelteinflüsse und die Massentierhaltung das Tierleid, andererseits wissen wir zunehmend mehr darüber, welchen leidvollen Erfahrungen Tiere ausgesetzt sind. Im Zuge dieser Konfrontation wächst auch das moralische Unbehagen, ob der problematischen Lebensbedingungen von Tieren. Vor diesem Hintergrund ist es Nussbaums Anliegen, den Ursprung des moralischen Unbehagens aufzuzeigen.

Im ersten Kapitel legt Nussbaum hierzu ihren Begriff der Gerechtigkeit dar. Menschen erleiden demzufolge dann Ungerechtigkeit, wenn ihnen ein gutes Leben verwehrt bleibt, da die Entfaltung ihrer Fähigkeiten beeinträchtigt wird. Diese Ungerechtigkeit betrifft auch Tiere, wie Nussbaum anhand einzelner Lebensschicksale verdeutlicht. Tiere streben danach, ihre angelegten Fähigkeiten zu entfalten, um ein gutes Leben zu führen, wobei menschliches Handeln dies auf



unterschiedliche Weise verhindert. Hierin sieht Nussbaum den Kern des moralischen Problems im Umgang mit Tieren. Die Kritik soll schließlich auch als Richtschnur für einen besseren Umgang mit Tieren dienen, wird hierdurch doch zugleich deutlich, worauf es im Umgang mit Tieren ankommt.

Ausgehend hiervon setzt sich Nussbaum mit drei etablierten Begründungsansätzen der Tierethik auseinander: Theorien, die auf der Ähnlichkeit von Tieren mit dem Menschen aufbauen, dem utilitaristisch geprägten Ansatz von Peter Singer und dem an Kant orientierten Ansatz von Christine Korsgaard (Kapitel 2 bis 4). Nussbaum kritisiert diese Ansätze dafür, dass sie der Realisierung von Fähigkeiten als zentralen Aspekt eines Tierlebens nicht genügend Rechnung tragen. Nussbaum entwickelt daraufhin ihren eigenen tierethischen Ansatz, der das Streben von Tieren, ihre Fähigkeiten zu entfalten und ein gutes Leben zu führen, in den Mittelpunkt stellt (Kapitel 5 und 6). Die Vorzüge dieser Ausrich-

tung bestehen laut Nussbaum darin, dass der Fähigkeitenansatz die Berücksichtigung von Tieren nicht von ihrer Ähnlichkeit zum Menschen abhängig macht und somit auch solche Tiere nicht ausschließt, die dem Menschen kaum ähnlich sind. Weiterhin erweise sich der Fähigkeitenansatz gegenüber dem utilitaristischen Ansatz als weitsichtiger, weil er davon ausgeht, dass für ein gutes Tierleben mehr erforderlich ist als nur die Vermeidung von Schmerzen.

Im Anschluss an diese grundsätzlichen Bestimmungen diskutiert Nussbaum die normativen Implikationen ihres Ansatzes. So wird deutlich, was aus ihrem Ansatz in Bezug auf das Töten von Tieren und in Bezug auf Tierversuche als zentralen Fragen der Tierethik folgt (Kapitel 7 und 8). In den Kapiteln 9 bis 11 konkretisiert Nussbaum die Fähigkeitspotenziale von Tieren in verschiedenen Lebensumgebungen und macht deutlich, wie eine Anpassung des menschlichen Handelns die entsprechenden Voraussetzungen sichern kann. Im Schlusskapitel diskutiert Nussbaum die rechtlichen Implikationen ihres Ansatzes. Nussbaum plädiert dafür, die artgerechte Entfaltung von Tieren gesetzlich zu schützen und die Umsetzung durch Rechtsvertretungen zu erwirken.

Nussbaum gelingt im vorliegenden Werk eine überzeugende Anwendung des Fähigkeitenansatzes auf den Umgang mit Tieren. Wie ihr Werk insgesamt besticht auch dieses Buch durch eine präzise Argumentation sowie die kenntnisreichen Bezüge zur Philosophie- und Kulturgeschichte. Nussbaums Kritik an den etablierten Ansätzen zur Tierethik mag in manchen Punkten kontrovers erscheinen. In jedem Fall regt sie aber dazu an, das eigene Verständnis dieser Ansätze zu reflektieren. Weiterhin stützt Nussbaum ihre Argumentation auf zahlreiche empirische

rische Forschungsarbeiten zur physiologischen Beschaffenheit und zum Sozialverhalten verschiedener Tierarten. Indem sie ihre Überlegungen anhand der konkreten Lebensumstände von Tieren verdeutlicht, gelingt Nussbaum eine überaus zugängliche Darstellung der Zusammenhänge. Dem Übersetzer Manfred Weltecke ist es dabei gelungen, Nuss-

baums anschauliche Sprache ins Deutsche zu übertragen.

Kenner von Nussbaums Werk werden in diesem Buch auf Vertrautes stoßen, wobei die Weiterentwicklung des Fähigkeitsansatzes durchaus neue Perspektiven eröffnet. Neben dieser Bedeutung für die Debatte um den Fähigkeitsansatz bereichert Nussbaums Beitrag

vor allem auch die Debatte zum Umgang mit Tieren, da der Fähigkeitsansatz eine überzeugende philosophische Begründung für die Forderungen nach einem besseren Schutz von Tieren bietet, und so das praktische Anliegen unterstützt, die Lebenssituation von Tieren zu verbessern.

Stefan Kosak, München

Wohlfahrtspolitik

Spieß, Christian/Große Kracht, Hermann-Josef (Hg.): *Wohlfahrtspolitik in Zeiten der Säkularisierung. Analysen und Reflexionen*, Frankfurt/New York: Campus 2023, 330 S., ISBN 978-3-5939-51662-2

Die beiden Sozialethiker Spieß (Linz) und Große Kracht (Darmstadt) haben diesen Band aus Anlass des 80. Geburtstages des Sozialethikers und Religionssoziologen Karl Gabriel herausgegeben. Im ersten Beitrag geht der Münstersche evangelische Sozialethiker Hans-Richard Reuter auf die Konzeption von Eduard Heimann ein, die er mit „Solidarität als soziale Freiheit“ kennzeichnet. Heimann hatte in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts über die Rolle von Sozialpolitik innerhalb einer kapitalistischen Ordnung reflektiert und dieser die Funktion zugewiesen, den Arbeitern reale Freiheiten zu ermöglichen. Heimann kritisierte die Sozialpolitiken der beiden christlichen Kirchen, die ihm zu wenig systemkritisch erschienen und sich eher durch ein individualistisches Verständnis des Liebesgebots auszeichneten.

Der Bochumer Sozialethiker Jonas Hagedorn beschäftigt sich mit dem katholischen Richtungsstreit in der Weimarer Republik über die Ausgestaltung intermediärer Formen zwischen Individuum und Staat, wie sie von Universalisten, christlichen Sozialisten und Solidaristen entwickelt wurden. Durch den Solidaristen Nell-Breuning flossen diese Vorstellungen als „berufsständische Ordnung“ in die Sozialzyklika „Quadragesimo anno“ ein. Das dort herausge-



stellte „Subsidiaritätsprinzip“ entspricht Problemstellungen einer modernen, ausdifferenzierten Gesellschaft. Hagedorn hält es daher für verfehlt, wenn versucht wurde, dieses Prinzip in vormodernen Gesellschaften zu finden, wie es einige Vertreter eines statischen Naturrechtsansatzes getan hatten.

Der Göttinger Soziologie Berthold Vogel thematisiert die Staatsbedürftigkeit der modernen Gesellschaft anhand der Vorstellungen von Ernst Forsthoff. Dies gilt vor allem für die Daseinsvorsorge im modernen Wohlfahrtsstaat. Die unverzichtbare Bedeutung des Staats wurde in jüngster Zeit durch die Pandemie, den Ukraine-Krieg und die ökologische Transformation verstärkt sichtbar. Für die Resilienz der Gesellschaft

kommt nach Auffassung von Vogel der lokalen staatlichen Ebene besondere Bedeutung zu.

Hermann-Josef Große Kracht setzt sich mit den Überlegungen von Böckenförde zum Sozialstaat in der Industriegesellschaft auseinander. Böckenförde greift Positionen des Freiherrn Lorenz von Stein aus dem 19. Jahrhundert auf, der dem Staat eine über Rechtstaat hinausgehende Aufgabe sozialstaatlicher Korrektur der Marktwirtschaft zuwies. Böckenförde wollte zwar an der freiheitsichernden Unterscheidung von Staat und Gesellschaft festhalten, vertrat Anfang der 70er Jahre auch ein Konzept umfassender sozialgestaltender Staatsaufgaben. Diese Position hat er aber 15 Jahre später modifiziert und sich für weniger umfangreiche Staatsinterventionen eingesetzt. Große Kracht weist auf die Kontroverse mit dem anderen katholischen Verfassungsrechtler Paul Kirchhof hin, der die Steuerprogression nach oben hin begrenzen wollte.

Der Bremer Politikwissenschaftler Frank Nullmeier behandelt dann den Bedürfnisbegriff und die Sozialstaatsanalyse in der kritischen Theorie. Nullmeier macht deutlich, dass Adorno, Horkheimer, Marcuse und Honneth aufgrund ihrer fundamentalen Systemkritik einer Bedarfsgerechtigkeit im Sozialstaat keine systematische Bedeutung zukommen ließen. In der Gegenwart könnten Diskurse der Angemessenheit von Konsumbedürfnissen angesichts von Umweltkrise und Klimawandel neue Relevanz erhalten.



Christian Spieß geht in seinem Beitrag auf die „wohlfahrtsstaatliche Anerkennungsordnung und die katholische Sozialverkündigung“ ein. Er setzt sich mit der Anerkennungstheorie von Honneth und Nancy Frasers Kritik daran auseinander. Spieß arbeitet das Spannungsfeld zwischen gesellschaftlicher Gleichheit und individueller Bedürfnisgerechtigkeit heraus. Kirchliche Sozialverkündigung zielt mit der Betonung der „Option für die Armen“ auf eine umfassende Inklusion an. Er sieht eine größere Nähe der kirchlichen Sozialverkündigung zur Anerkennungstheorie als zur Gerechtigkeitstheorie von Rawls.

Die Linzer Privatdozentin für Sozialethik Katja Winkler behandelt den Capabilities Approach von Nussbaum und Sen als möglichen Legitimationsansatz des Wohlfahrtsstaates. Diese vor dem Hintergrund der Entwicklungsländerforschung (Indien) bzw. aus den USA stammenden Ansätze werden daraufhin befragt, welche Impulse sie für Herausforderungen des Sozialstaates angesichts von Globalisierung, Heterogenität der Lebensformen und Pluralisierung von Gesellschaften bieten können. Es wird auf die Gefahr hingewiesen, dass durch die Definition bestimmter Grundbedürfnisse und Grundfertigkeiten die Bedürfnisse bestimmter Menschen ausgeschlossen werden. Manche von diesen können sich selbst nicht öffentlich wirksam artikulieren, so dass etwa Wohlfahrtsverbände als Anwälte auftreten. In der historischen Entwicklung des Sozialstaates sind immer wieder neue Gruppen bzw. Bedarfe von Personen „entdeckt“ worden, die – als bisher nichtorganisierte Gruppen – vergessene Personen waren, die „schweigend leiden“ (Mancur Olson jr. 1965). Die Kritik am Capabilities Approach kann nicht so ganz überzeugen, weil der Rechtsstaat spezielle, auf den Einzelfall zugeschnittene Gesetze ausschließen muss, und die Allgemeinheit von Gesetzen im Grenzfall immer als gewisse Härte oder ungerechtfertigte Begünstigung empfunden wird. Hier hätte das zentrale Dilemma des deutschen Sozialstaates, den man in einem 3200

Seiten starken Sozialgesetzbuch rechtlich normiert hat, angesprochen werden können: dass man unterschiedlichen Lebenslagen einerseits gerecht werden will, aber angesichts der Fülle an Vorschriften und der damit bestehenden zwangsläufigen Intransparenz potenzielle Empfänger gar nicht erst erreicht. Auch die Sozialadministrationen sind kaum in der Lage, fehlerfrei die differenzierten Gesetze und Ausführungsverordnungen umzusetzen.

Eine höchstaktuelle Fragestellung behandelt der Bremer Politikwissenschaftler Philip Manow, der der Frage nachgeht, ob katholischer Wähler häufiger die AFD wählen. Er setzt sich dabei mit der These auseinander, dass in ehemaligen preußischen Gebieten die AFD weniger Stimmen gewonnen hatte als in anderen Regionen Deutschlands, weil dort ein organisierter Milieukatholizismus bis heute einer Radikalisierung entgegensteht. Manow vertritt die Gegenthese, dass dort, wo CDU-Landesverbände (bzw. die CSU) konservativer ausgerichtet sind als die Bundes-CDU höhere Stimmenanteile für die AFD unter Katholiken zu finden seien. Ursache dafür sei der Linksschwenk der Bundespartei. Da Rheinland-Pfalz sich aus ehemaligen preußischen und ehemaligen bayrischen Gebieten zusammensetzt, versucht Manow seine These anhand dortiger Landtagswahlen empirisch zu untermauern.

Die Göttinger Soziologin Ilona Ostner widmet sich dem Zusammenhang von Frauenfrage, Frauenrechten und Religion. Sie schildert zunächst religiöse Vorstellungen, die die Unterordnung von Frauen unter Männern legitimieren. Im 19. Jahrhundert ergaben sich durch evangelische Diakonissinnen und in katholischen Orden für Frauen Lebensformen außerhalb ihrer Herkunftsfamilie und einer Eheschließung, die ihnen einen anerkannten sozialen Status und soziale Absicherung ermöglichten. Ostner stellt den radikalen Wandel der Rolle der Frau, der Institution Ehe und der Familie im 20. Jahrhundert und zu Beginn des 21. Jahrhunderts (z. B. Leihmutterchaft, gleichgeschlechtliche Paare mit Kind) und ihre immer schärfere Distanz

zum normativen Ideal der Katholischen Kirche heraus.

Der Münstersche Ökonom Aloys Prinz behandelt Wohlfahrtspolitik im Spannungsfeld von Religion, Politik und ökonomischer Realität. In seinem theoretisch fundierten und empirisch belegten Beitrag weist Prinz auf die Problematik hin, dass eine größere Heterogenität der Gesellschaft (durch Verlust religiöser Bindungen, Migration, Individualisierung etc.) die ökonomischen Grundlagen eines Sozialstaates unterminieren kann, weil gesellschaftliche Normen und soziale Kontrolle nicht mehr hinreichend eine zu großzügige Inanspruchnahme von Sozialleistungen begrenzen und eigenverantwortliche Vorbeugung begünstigen. Ein expansiver Sozialstaat kann zur Minderung von wachstumsfördernden Nettoinvestitionen führen und damit seine eigenen ökonomischen Grundlagen untergraben.

Bernhard Emunds widmet sich dem schon früher bestehenden Problem von Wohnungsmangel in deutschen Metropolregionen. Er behandelt katholische Initiativen und Aktivitäten, die seit dem 19. Jahrhundert ausreichenden Wohnraum zur Verfügung stellen. Er ordnet diese Aktivitäten sowohl in den kirchlichen Kontext (kath. Familienbild) als auch in gesellschaftliche Debatten über Bodenrente und Bodenbesteuerung ein. Abschließend skizziert Emunds einige Überlegungen zu möglichen aktuellen kirchlichen Beiträgen der Wohnungsbauförderung, wobei er aus ökologischen Gründen der Förderung freistehender Eigenheime skeptisch gegenübersteht, aber im Geschossbau Eigentumswohnungen oder genossenschaftliches Gemeinschaftseigentum für sinnvoll hält. Er weist auf die niedrige Wohneigentumsquote im europäischen Vergleich in Deutschland hin, ohne sie zu analysieren. Diese beruht zum einen darauf, dass aus südeuropäischen Auswandererländern eher Mieter als Haus- und Grundbesitzer auswandern und dort die Zahl der Haushaltsmitglieder größer ist. Wegen der niedrigen Jugendarbeitslosenquote in Deutschland können junge



Leute eher aus ihrem Elternhaus in eine Mietwohnung ausziehen, was seit 1950 zu jährlich steigenden Pro-Kopf-Wohnflächen führt.

Die Münstersche Soziologin Christel Gärtner behandelt die Weitergabe des Glaubens in der Generationenabfolge im katholischen Milieu. Dabei werden drei intensive Familieninterviews in verschiedenen Generationenzusammenhängen wiedergegeben und interpretiert.

Abschließend thematisiert der Tübinger Sozialethiker Matthias Möhring-Hesse Säkularität als Verarbeitungsform von Pluralität. In modernen, ausdifferenzierten Gesellschaften gibt es säkulare Lebensbereiche, in denen Angehörige verschiedener Religionen aufeinandertreffen. Sie werden dort mit Phänomenen konfrontiert, die teilweise im Kontrast zu ihren überlieferten Wertvorstellungen stehen. Dies zwingt sie in Auseinandersetzungen, die Reaktionen hervorrufen müssen, die aber konträr sein kön-

nen, nämlich eine fundamentalistische Verhärtung als auch eine Pluralisierung von Religionsgemeinschaften selbst. Ohne dass Möhring-Hesse dies an Beispielen erläutert, wäre hier etwa an die Rolle von Frauen zu denken, die zunehmend in Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Gesundheitswesen Führungspositionen einnehmen, während sie in einigen Religionsgemeinschaften von Leitungspositionen ausgeschlossen sind.

Der Band enthält eine Vielzahl von Beiträgen, die wichtige Denkanstöße bieten und zum weiteren Nachdenken anregen. Ihre Breite entspricht den Forschungsinteressen von Karl Gabriel, indem er Aufsätze aus Sozialethik, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften versammelt. Dabei werden sowohl eher ideengeschichtlich angelegte Beiträge als auch Forschungen zu aktuellen Herausforderungen präsentiert. Trotz der Vielzahl der Beiträge bleiben einige Aspekte ausgeblendet.

Es fällt auf, dass – im Gegensatz zur ökumenischen Sozialverkündigung der Kirchen in Deutschland – der Begriff Soziale Marktwirtschaft keine Rolle spielt, obwohl er im Bewusstsein der deutschen Bevölkerung tief verankert ist und die hohe Wertschätzung des Sozialstaates zum Ausdruck bringt.

In den auch historisch angelegten Beiträgen wird nicht aufgegriffen, dass für die deutsche Diskussion in den 70er Jahren das schwedische Modell des Wohlfahrtsstaates eine große Bedeutung hatte. Indem dieses Konzept mit einer Staatsquote von 60% aber ökonomisch in die Krise geriet und einige Maßnahmen (Kindesentzug aus Familien zur Sicherstellung der Inklusion) als Menschenrechtsverletzungen vom Europäischen Menschengerichtshof verurteilt wurden, wurden zwei zentrale Grenzen von Wohlfahrtsstaatlichkeit deutlich.

Joachim Wiemeyer, Osnabrück



Chancen christlicher Friedensethik

Anicic, Pavle: Soziopolitische Perspektiven von Vergebung und Entschuldigung. Eine theologische Untersuchung im Kontext der „Transitional Justice“. Münster: Aschendorff 2022, 361 S., ISBN 978-3-402-11740-8

In einer Zeit, in der militärische Gewalt in Europa unsere politische und gesellschaftliche Ordnung erneut grundsätzlich in Frage stellt, erhält die kritische Aufarbeitung vergangener Konflikttransformationen eine besondere Bedeutung. Religionen, und im Fall von Europa besonders das Christentum, gelten seit vielen Jahrzehnten als bedeutende Kraft der Friedensvermittlung und Ressource von Konzepten, die jenseits von legalistischen, militärischen und wirtschaftlichen Logiken Versöhnung nach Konflikten ermöglichen können. Der Ruf nach der Orientierung der christlichen Friedensethik in den aktuellen gewaltsamen internationalen Konflikten ist darum ungebrochen stark.

Die christliche Friedensethik hat sich interessanter Weise intensiv sowohl mit den genuin theologischen Konzepten von Frieden, als auch mit einigen wichtigen Konzepten der Friedens- und Konfliktforschung (etwa Responsibility to Protect, Humanitarian Intervention, usw.) auseinandergesetzt. Eine Lücke in der kritischen Beteiligung an den interdisziplinären Diskursen besteht allerdings in der Konzeptionalisierung des Umgangs mit der Vergangenheit jenseits einer individual-religiösen Anwendung der Ideen von Vergebung und Buße im geistlichen Kontext. Das vorliegende Buch des serbischen Theologen Pavle Anicic, welches 2017 als Dissertation an der Universität Münster angenommen wurde, wagt einen bedeutenden Schritt in die theologische Aneignung des Konzepts der „transitional justice“, welches seit vielen Jahren durch die Sozialwissenschaften im Themenfeld der Verarbeitung gewaltbelasteter Vergangenheit zwischen

sozialen Gruppen bzw. Völkern erarbeitet wird. Anicic geht von der Beobachtung aus, dass in den seit dem 1990er Jahren diskutierten Ideen der „transitional justice“ die Vorstellungen von Vergebung und Schuld bzw. Entschuldigung eine entscheidende Rolle für die Aufarbeitung von gewaltbelasteter Vergangenheit spielen. In einem gelungenen Prozess von politischer Vergebung und politischer Entschuldigung könne, so die Theorie, die Grundlage für einen dauerhaften Frieden zwischen vormals konfliktierenden Gruppen hergestellt werden. Dazu gehört die möglichst umfassende Klärung von Opfer- und Täterseite.

Anicic macht in seiner Forschung eine Lücke in der theologischen Reflexion der sozialen bzw. politischen Dimension von Vergebung und Entschuldigung aus, da beide Begriffe zutiefst mit christlichen Vorstellungen und Paradigmen verknüpft seien, die jedoch ihm zufolge aus der individualethischen Ebene nicht überzeugen

gend in die sozialetische Ebene übertragen werden. Damit stoße das Konzept der „transitional justice“ immer wieder an Grenzen, da es die tiefe persönliche Bedeutung von Vergebung und Entschuldigung unterschätze und so auf der politisch-sozialen Ebene keine nachhaltigen Ergebnisse erzielen könne. Um diese Lücke in den Blick zu nehmen, geht Anicic zunächst von dem Forschungsstand zur interpersonalen Dimension von Vergebung und Entschuldigung aus, um anschließend zu fragen, welche theologischen Ansätze zur Übertragung der interpersonalen Ebene in das kollektive Feld bereits vorliegen. Er greift die Arbeiten von Donald Shriver und Geiko Müller-Fahrenholz auf und kommt zu dem Schluss, dass Vergebung und Entschuldigung in der theologischen Perspektive zu sehr an individuelle Kategorien geknüpft sind, die sich nicht auf die heterogenen Gemeinschaften von Gruppen übertragen lassen. Eine mögliche Brücke zwischen der Mikro- und der Makroebene findet Anicic im Konzept der Verantwortung, welches eine Handlungsebene im Bereich der Gruppe ermöglicht, ohne alle individuellen Transformationsprozesse der Gruppenmitglieder in Einklang bringen zu müssen.

Die folgenden Kapitel wenden sich den sozialwissenschaftlichen Entwürfen der „transitional justice“ zu, um den Ort von Vergebung und Entschuldigung darin besser zu verstehen. Anicic zeigt dabei die äußerst unterschiedlichen Verortungen dieser beiden Ideen in den verschiedenen Strömungen der „transitional justice“ auf und versucht darum im Anschluss, dezidiert die Herausforderungen einer soziopolitischen Definition von Vergebung und Entschuldigung zu analysieren. Dabei rückt er interessanterweise die Entschuldigung in den Vordergrund, da politische Entschuldigungen – also die stellvertretende, öffentliche Entschuldigung von Gruppenrepräsentant:innen – einen wichtigen Platz in Prozessen der Vergangenheitsverarbeitung eingenommen haben. Dabei scheint immer wieder die Spannung zwischen Repräsentation und Gruppenkonsens auf, die die Fragi-



lität aller öffentlichen Sprechakte und Wahrheitsratifizierungen illustriert. Dies gilt im Übrigen auch für die Perspektive der Opfer im Kontext der Definition von Vergebung im soziopolitischen Raum.

In seinen abschließenden Überlegungen kommt Anicic zu dem Schluss, dass eine überzeugende und nachhaltige Korrelation von Vergebung und Entschuldigung und damit von Opfern und Tätern in soziopolitischer Dimension nur dann gelingen kann, wenn die Prozesse interpersonalen Vergebung und Entschuldigung mitgedacht werden und damit der Fokus von einem absehbar abschließbaren Prozess der „transitional justice“ zu einem offenen, langfristigen und multidimensionalen Transformationsprozess in Anlehnung an Alice MacLachlan verschoben wird. Besondere Bedeutung kommt in soziopolitischen Transformationsprozessen den politischen Entscheidungsträgern bzw. Gruppenrepräsentant:innen zu, da diese durch verantwortete öffentliche Aktivitäten und Frames kollektive Prozesse anregen und lenken können.

Anicic vermeidet eine hypothetische Anwendung auf aktuelle Post-Konflikt-Gesellschaften und eine normative Aufladung seiner Ergebnisse. Im Text wird lediglich auf die Wahrheitskommissionen und Desmond Tutus Vergebungskonzept als Konkretisierung und Illustration ver-

wiesen. Damit unterstreicht der Autor seine Intention, einen generellen Beitrag zum interdisziplinären Diskurs leisten zu wollen und konzeptionell theologische und soziopolitische Ansätze füreinander zu öffnen. Dabei zeigt sich ein enormes Potenzial besonders bei der gemeinsamen Anstrengung, theologisch-moralisch aufgeladene Konzepte wie Vergebung oder Schuld auf ihre Tragfähigkeit in soziopolitischen Kontexten hin zu überprüfen, zumal ein christlich geprägtes, kulturell verwurzelt Verständnis für die interpersonale Dimension immer weniger vorausgesetzt werden kann. Für die Theologie und die theologische Friedensethik stellt sich damit die Aufgabe einer intensiveren Übersetzungsleistung, um die aktiv geführte Forschung und Praxis der „transitional justice“ mitzugestalten. Aus theologischer Perspektive ist außerdem bezeichnend, dass die beiden Theologen, die sich um einen Transfer der interpersonalen bzw. individualethischen theologischen Konzepte von Vergebung in den sozialen bzw. politischen Kontext bemühen, aus dem evangelischen Bereich kommen. Die katholische und auch die orthodoxe Theologie sind damit herausgefordert, ihre theologischen Ressourcen im Bereich der Anthropologie und Soteriologie auf ihre sozialetische und politisch-theologische Relevanz im Bereich der Konflikttransformation hin zu erforschen. Gerade angesichts des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine und der nach wie vor nicht abgeschlossenen Aufarbeitungsprozesse der jugoslawischen Zerfallskriege, in die maßgeblich orthodoxe Kirchen verstrickt waren und sind, wird die Bedeutung einer wirklich ökumenischen friedensethischen Anstrengung besonders deutlich. Pavle Anicics Buch kann dafür ein wichtiger Wegweiser sein.

Regina Elsner, Münster